

GESELLSCHAFT: PHILIPP LEPENIES BEKLAGT DIE MANGELNDE AKZEPTANZ VON VERBOTEN

# „Dass Politik verbieten darf, ist für viele gar nicht denkbar“



**Philipp Lepenies** ist Professor an der Freien Universität Berlin und Wirtschaftswissenschaftler. Sein Buch „Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens“ ist 2022 erschienen.

**Herr Lepenies, Ihr Buch trägt den Titel „Verbot und Verzicht“. Das klingt erst einmal eher abschreckend. Hatten Sie Sorge, dass sich ein Buch mit so einem Titel nicht verkauft?**

**Philipp Lepenies:** Nein. Der Titel nimmt ja bewusst Bezug auf die beiden am häufigsten genutzten Schlagwörter, wenn es in Deutschland um Maßnahmen gegen den Klimawandel geht, die irgendwie den privaten Konsum einschränken würden. In den letzten zehn Jahren lautete die Abwehrreaktion auf solche Vorschläge immer: „Wir sind gegen Verbot und Verzicht!“

**Spricht der Titel also Leute an, die Verbot und Verzicht ablehnen?**

Das Buch richtet sich eher an Menschen, die politische Debatten verfolgen und denen auffällt, dass diese beiden Begriffe häufig genannt werden. Der Titel soll Wiedererkennungswert haben und spielt ein bisschen auch damit, dass man nicht weiß: Ist das ein Buch, das einen Verbots- und Verzichtskatalog anbietet? Und dann ist man positiv überrascht, wenn man reinguckt. Letztendlich ist es ein wissenschaftliches Buch, das versucht, ein soziales und politisches Phänomen zu erklären. Und das Phänomen ist, dass man mit diesen Begriffen bei uns ganz aufgeheizte politische Debatten führt.

**„Mich hat es irritiert, dass sich diese rhetorische Keule so verfestigt hat.“**

**Gab es einen bestimmten Moment in diesen Debatten, der für Sie der Anlass war, um sich damit näher zu beschäftigen?**

Mich hat es irritiert, dass sich diese rhetorische Keule so verfestigt hat. Meistens bekamen die Grünen sie ab, und alle anderen außer den Grünen nutzten sie. Ich fand irritierend, dass man mit dem Argument „Verbotspolitik“ gar nicht die Sache selbst diskutiert, sondern das Instrument. Dass Politik verbieten darf und dass Politik Maßnahmen ergreifen darf, um die Menschen zu Verzicht zu bewegen, ist für viele gar nicht denkbar. Und da gibt es einen breiten Konsens, sich nichts vorschreiben lassen zu wollen. In allen Parteien außer bei den Grünen. Auch in großen Teilen der Gesellschaft. Dem wollte ich auf den Grund gehen.

**Und der konkrete Anlass?**

Die Anzeigenkampagne der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ aus dem Wahlkampf 2021, „Annalena und die zehn Verbote“, da war für mich der Gipfel der Verbotsrhetorik erreicht. Und es war tatsächlich der Gipfel, weil dann ja auch die kritischen Stimmen sehr deutlich zu hören waren.

**Wenn über das Instrument anstelle der Inhalte diskutiert wird, ist das ja eine starke Vereinfachung der politischen Debatte.** Absolut. Weil diese Vereinfachung eingebettet ist in eine sehr vereinfachte Erzählung darüber, wie Gesellschaft und Politik funktionieren. Wenn wir uns neoliberal ausdrücken

ten, dann glauben wir, Markt und Wettbewerb sind die entscheidenden sozialen Ordnungsparameter, und der Einzelne darf in diesem Marktgefüge machen, was er will. Und weil der Einzelne ein Konsument ist, ist der freie Konsum das höchste politische Gut geworden.

**Das bedeutet ...?**

Auch der Freiheitsbegriff wird auf Konsum verengt. Eine gute Politik ist die, in der hemmungslos individuell konsumiert wird. Und das heißt, Konsum muss nicht gerechtfertigt werden. Das sind die Vorstellungen, die die Leute zu diesem „Ich möchte nichts verboten bekommen, ich möchte nicht verzichten“-Argument bringen. Sie sagen: Ich fahre, so schnell ich möchte, ich fliege, so oft ich will, und ich esse so viel Fleisch, wie ich möchte. Aber wir haben auch viele Jahre lang vermittelt bekommen, dass das so richtig ist.

**Also meinen Sie, dass die Politik eine Mitschuld an dieser Situation hat, weil sie neoliberalen Denkmustern keinen Einhalt geboten hat?**

Wenn man sagt, der Neoliberalismus ist an allem schuld, dann wirkt das natürlich ebenso vereinfachend. Aber ein wichtiger Aspekt des Neoliberalismus ist die Konsumentensouveränität. Das ist ein Gesellschaftsbild, in dem der Souverän, also der letztgültige Entscheider, der Konsument ist. Weil Wettbewerb eben nur mit Konsumententscheidungen funktioniert, weil sich am Markt nur die gefragtesten Güter durchsetzen und so weiter. Und dieses Bild des souveränen Konsumenten ist vielleicht der gefährlichste Teil an dieser Geschichte.

**Warum?**



Die Produktion von Einwegplastikprodukten wurde 2021 EU-weit verboten, um die Müllmengen zu reduzieren und die Entstehung klimaschädlicher Gase zu verhindern.

FOTO: PLEUL/DPA

Wenn man glaubt – und das hat die Politik seit den 90er-Jahren spätestens auch international vermittelt –, dass der Konsument der wichtigste Akteur in der Gesellschaft und der Globalisierung ist, dann möchte man nicht Rechenschaft ablegen über die Art und Weise, wie man konsumiert. Im Bild der Konsumentensouveränität wird auch argumentiert, dass der Markt eigentlich die bessere Demokratie ist, weil man sich nicht den Mehrheiten anpassen muss. Die Frage ist, inwieweit diese Haltung Demokratie schwächt und demokratische Prozesse abwertet. Und nicht zuletzt hat Politik das Problem des Klimawandels und der nötigen Anpassung immer kleingeredet und ins Lächerliche gezogen. Das kommt alles zusammen.

**Schauen wir mal auf die aktuelle Situation, die drohende Energiekrise: Da sagt die Politik ja sehr deutlich, dass die Lage ernst ist, und ruft zu Verzicht auf. Verändert sich also gerade etwas?**

In der Tat ist es bemerkenswert, dass wir uns jetzt mit unserem Verhalten als Individuen auseinandersetzen müssen, wie es vorher nicht der Fall war. Jetzt sind wir an einem Punkt, wo wir das Hemmungs- und Grenzlose nicht haben, sondern genau das Gegenteil. Und wir merken, dass wir das gar nicht richtig eingeübt haben. Sowohl aufseiten der Bürgerinnen und Bürger als auch der Politik ist es schwierig, damit richtig umzugehen. Allerdings ist das durch eine Kriegshandlung bedingt. Wir duschen also nicht kürzer we-

**Aber Sie sind skeptisch?**

Ich finde, man merkt, dass die Politik das individuelle Verhalten gar nicht so richtig steuern will. Es geht meist um öffentliche Einrichtungen und um Unternehmen. Noch sind wir ja gar nicht so weit, dass uns als Bürgerinnen und Bürgern direkt etwas verboten wird. Es wird dazu aufgerufen, dass wir von uns aus etwas tun. Aber wir sind auch aufgerufen, unser klimaschädliches Verhalten anzupassen, und das machen viele ja auch nicht. Der entscheidende Punkt wird kommen, falls der Staat die Entscheidung fällen muss, dass Appelle alleine dann doch nicht helfen.

**Während der Pandemie war es ja so.**

Natürlich hat der Staat das in der Coronakrise auch gemacht. Aber die Coronakrise ist singular, weil man weiß, eine Pandemie ist irgendwann vorbei. Wir hoffen doch eigentlich alle, dass wir zurück zur Normalität kommen. Da soll sich ja strukturell gar nichts ändern. Und vielleicht ist das bei der Gas- und Energiekrise auch so. Natürlich möchte man gern Gas ersetzen durch erneuerbare Energien, aber dahinter steckt nicht die Überlegung: Wir wollen auf Dauer unsere Verhaltensweisen ändern.

**Sie sehen da Parallelen?**

Beides, Pandemie und Krieg, sind Zeitpunkte, wo der Staat seine Rolle als Verhaltensregulierer neu mit Leben füllen muss. Und man merkt, dass Politikerinnen und Politiker das nicht so leicht können, und dass Bürgerinnen und Bürger das auch nicht so leicht annehmen, weil wir in dieser Illusion leben, dass man das eigentlich nicht darf. Aber die notwendigen Anpassungen mit Blick auf den Klimawandel müssen viel einschneidender und dauerhafter sein, als wir uns das jetzt vorstellen können.

**Müsste die Politik Ihrer Meinung nach mutiger sein?**

Wir bekommen ganz häufig vermittelt: Eigentlich ist alles gut so, wie es läuft. Die Politik sagt, der hart arbeitende Mann, die hart arbeitende Frau verdienen sich durch ihre harte Arbeit ein Konsummuster, das nicht nachhaltig ist. Es wird ihnen zugesprochen, dass sie Billigfleisch grillen, dreimal nach Mallorca fliegen im Jahr, mit dem Auto mit Verbrennermotor überall hinfahren. Das ist für mich das am wenigsten Verständliche: Dass man nicht versucht, klar zu machen, dass wir auch eine hohe Lebensqualität ha-

ben können, die nachhaltig ist. Aber dafür müssen wir etwas ändern. Stattdessen sagt man, der Markt wird die richtige Lösung finden. Und dann muss man sich fragen: Warum hat er das nicht schon längst geregelt?

**Sie glauben nicht daran?**

Der Neoliberalismus steht und fällt mit dieser Marktromantisierung. Nur weil man anfängt, Märkte und Marktmechanismen zu kritisieren, heißt das ja nicht, dass man gern sozialistische Planwirtschaft als Alternative hätte. Aber dass Märkte eben nicht wert-, macht- oder normfreie Orte sind, sollte man schon vor Augen haben. Wir als Einzelne sind ja auch marktgetrieben und alles andere als souverän. Wir müssen ganz oft nehmen, was da ist und große Firmen uns anbieten. So schön, wie der Markt im Lehrbuch dargestellt wird, ist er eigentlich nie.

**Aber zunehmend bemühen sich Unternehmen doch um Nachhaltigkeit – allein, wenn man sich anschaut, wie stark der Markt an Bio- und vegetarischen Produkten gewachsen ist. Stimmt Sie das nicht positiv?**

Man muss aufpassen, dass man nicht komplexe Gebilde wie den Markt und die Marktwirtschaft zu einfach betrachtet, da gibt es positive und negative Seiten. Es ist nicht so, dass die Konsequenz sein muss, dass wir nur durch Verbote und Verzicht die Transformation zur Nachhaltigkeit schaffen. Das wäre lächerlich, das passiert so nicht. Natürlich muss man da auf den Markt setzen, wo er funktioniert, und sich freuen über Entwicklungen, die zum Guten führen. Ich sage nur:

**„Es gibt viele Vorschläge, wohin unsere Gesellschaft steuern sollte.“**

Verbot und Verzicht von staatlicher Seite werden in diesem großen Mosaik der notwendigen Veränderungsschritte zwei kleine Steinchen sein. Und zu sagen, es geht auch ohne eine Politik mit Verbot und Verzicht, halte ich für unrealistisch.

**Muss man aber nicht auch eine Art Ersatz schaffen, wenn man die Konsumfreiheit beschränkt? Eine neue Freiheitsvorstellung, eine Zukunftsvision?**

Ich glaube, das ist eine der ganz großen Unbekannten. Es geht da um Gesellschaftserzählungen, mit denen man den Leuten klarmachen kann, wo man hinwill. Der Kommunismus war so eine Erzählung, der Faschismus war so eine Erzählung. Der Neoliberalismus macht das auch. In seiner vereinfachenden Art bietet er ein wunderbares Narrativ: Es geht immer weiter, und der nachfolgenden Generation geht es immer besser als der davor. Das ist für viele Menschen in der Bundesrepublik – gerade für die Generation des westdeutschen Wirtschaftswunders – auch plausibel, weil sie es so erlebt haben. Und jetzt muss man dem etwas entgegensetzen, was einzig und allein zukünftiges Wunschenken ist. Es gibt viele Vorschläge, wohin unsere Gesellschaft steuern sollte, aber es gibt keinen Konsens darüber und nichts, was diskutiert wird, klingt einfach und ist leicht umzusetzen. Ganz im Gegensatz zum neoliberalen Weltbild. Und das ist vielleicht die größte Hürde: Dass wir es ideologisch mit einem Gegner zu tun haben, der in seiner Einfachheit nicht zu schlagen ist.

**Das Gespräch führte Katia Backhaus.**

GRAFIK: MILETIC